

Außerordentliche Vollversammlung aller Studierenden der Leibniz Universität Hannover am 3. Juli 2019

Tagesordnung

TOP 0: Ständiges

- 0.1 Vorstellung der Geschäftsordnung
- 0.2 Wahl der Sitzungsleitung
- 0.3 Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzung
- 0.4 Mitteilungen der Fachschaftsräte
- 0.5 Anfragen an die Fachschaftsräte

TOP 1: Beschluss über die Tagesordnung

TOP 2: Anträge

- 2.1 Solidarität mit *Fridays For Future*
- 2.2 CO₂-Neutralität
- 2.3 Wirtschaftsordnung
- 2.4 Forderungen an die Lehre
- 2.5 Forderungen an die Forschung
- 2.6 Forderungen an das Studentenwerk
- 2.7 Forderungen an das Präsidium
- 2.8 Forderungen im Bereich Energie und Gebäude
- 2.9 Forderungen im Bereich Verkehr
- 2.10 Eigentumsrechte zur Bekämpfung von Klimafolgen
- 2.11 Zivilklausel for Future
- 2.12 Nutzung von Werbeflächen
- 2.13 Kooperation Konfuzius
- 2.14 Solidarität mit Rojava

TOP 3: Verschiedenes

Beginn

Um 16:33 wird die Vollversammlung von der vorläufigen Sitzungsleitung, Marie und Jonas, eröffnet.

Da die Vollversammlung auf Initiative von Students For Future einberufen worden ist, erfolgt zunächst ein Grußwort sowie eine Einführung in die Thematik der Klimakrise der genannten Gruppe. Insgesamt wurden zuvor Unterschriften von 2.590 Studierenden gesammelt, die sich für diese Vollversammlung aussprachen.

TOP 0: Ständiges

0.1 Vorstellung der Geschäftsordnung (GO)

Jonas gibt zunächst einen Überblick über die Geschäftsordnung des Studentischen Rates. Er zeigt im Anschluss auf, dass die Vollversammlung keine eigene Geschäftsordnung besitzt. Daher gilt für die heutige Versammlung die Geschäftsordnung des Studentischen Rates. Die Paragraphen, die für die heutige Debatte eine Rolle spielen (Aufgaben der Sitzungsleitung, Behandlung von Anträgen etc.), werden vorgelesen. Da mehr als drei Studierende an der Vollversammlung teilnehmen, stellt Jonas die Beschlussfähigkeit der heutigen Vollversammlung fest.

0.2 Wahl der Sitzungsleitung

Die Frage nach Vorschlägen für die Übernahme der Sitzungsleitung wird an die Vollversammlung gestellt. Da sich niemand meldet beziehungsweise keine Vorschläge gemacht werden, bieten Marie und Jonas an, die Sitzungsleitung bis zum Ende der Vollversammlung fortzuführen.

Marie ist 23, studiert Politikwissenschaft und ist nach eigener Angabe kein Mitglied einer Partei oder Verbindung. Jonas erklärt schon länger Student dieser Universität zu sein. Er war zudem zwei Jahre ASTA-Referent für Soziales.

Aus dem Plenum wird ein GO-Antrag auf Blockwahl gestellt, es gibt keine Gegenrede. Daher wird die Wahl der Sitzungsleitung in einem Wahlgang durchgeführt.

Nun wird über den Vorschlag dass Jonas & Marie die Sitzungsleitung bis zum Ende der Vollversammlung fortführen, abgestimmt.

Zustimmungen: 682

Ablehnungen: 3

Enthaltungen: 40

Damit ist die Sitzungsleitung bestätigt worden.

Der nächste Ordnungspunkt ist die Wahl des Protokollanten: Paul wird vorgeschlagen. Keine weiteren Vorschläge oder Nachfragen an Paul. Es wird abgestimmt:

Zustimmungen: 794

Ablehnungen: 2

Enthaltungen: 23

Damit ist Paul zum Protokollanten dieser Vollversammlung gewählt worden.

0.3 Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzung

Die Protokolle der letzten Sitzung werden kurz vorgestellt. Da keine Nachfragen respektive Änderungsanträge von der Sitzungsleitung notiert worden sind, wird über die Genehmigung der Protokolle der letzten Sitzung abgestimmt:

Zustimmungen: 392

Ablehnungen: 2

Enthaltungen: 272

Damit wurden die Protokolle der letzten Sitzung offiziell genehmigt.

0.4 Mitteilungen der Fachschaftsräte

Es gibt keine Mitteilungen der Fachschaftsräte

0.5 Anfragen an die Fachschaftsräte

Es gibt keine Anfragen an die Fachschaftsräte

TOP 1: Beschluss über die Tagesordnung

Die Sitzungsleitung verliert die Reihenfolge der vor der Sitzung beim AstA eingereichten Anträge für die Vollversammlung.

Es wird eine Änderung beantragt: Der Antrag 2.14 „Solidarität mit Rojava“ soll aufgrund kurzer Redezeit vorgezogen werden. Es wird darüber abgestimmt, die Tagesordnung inklusive des Änderungsantrages zu genehmigen:

Zustimmungen: 500

Ablehnungen: 26

Enthaltungen: 102

Damit wird der Antrag „Solidarität mit *Rojava*“ vorgezogen.

TOP 2: Anträge

2.1 Solidarität mit Rojava

Der Antrag wird vorgetragen: Der Antragssteller beschreibt die aktuelle Situation in Westkurdistan nach dem Krieg mit dem IS und der Lage zwischen der Türkei und Syrien. In Rojava werde mit dem Ziel gekämpft, ein Leben jenseits von Staat, Macht und Gewalt zu ermöglichen. Anschließend wird die Vollversammlung aufgefordert, sich solidarisch mit Rojava zu erklären.

Beitrag: Empfehlung sich nicht mit etwas solidarisch zu erklären, womit sich ein Großteil der hier anwesenden Leute noch nicht auseinandergesetzt haben.

GO-Antrag auf Ende der Debatte. Da es keine Gegenrede zu diesem Antrag gibt, wird die Debatte von der Sitzungsleitung geschlossen.

Abstimmung über den Antrag:

Zustimmung: 217

Ablehnung: 53

Enthaltung: 332

Weil sich mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen enthalten haben, wurde der Antrag von der Vollversammlung abgelehnt.

2.2 Solidarität mit *Fridays For Future*

Antrag von *Students For Future*: „Wir erklären uns solidarisch mit den Forderungen der *Fridays For Future* Bewegung und fordern das Präsidium der Leibniz Universität Hannover auf, dies im Namen der gesamten Universität zu tun.“

Zustimmungen: 606

Ablehnungen: 2

Enthaltungen: 2

2.3 CO₂-Neutralität

Antrag von *Students For Future*: „Wir fordern die LUH auf, ressourcenschonend zu agieren und den Netto-CO₂ Ausstoß bis 2030 auf null zu reduzieren. Insbesondere bedeutet das, gemeinsam mit der Studierendenschaft das integrierte Klimaschutzkonzept konsequent (auch personell) umzusetzen, nötigenfalls anzupassen und halbjährlich öffentlich Rechenschaft darüber abzulegen. Klimaschutz soll als wesentlicher Punkt in das Leitbild der LUH aufgenommen werden.“

Nachfrage: Wie stellt ihr euch die halbjährliche, öffentliche Ablegung der Rechenschaft konkret vor?

Antwort: Dazu haben wir noch keine konkrete Vorstellung. Wir sehen aber die Möglichkeit dies einrichten zu können und fordern die weiteren Gremien auf, sich damit zu befassen.

Bemerkung: Den CO₂-Ausstoß auf null zu begrenzen ist bis 2030 meiner Meinung nach nicht möglich.

Antwort: An dieser Stelle geht es uns nicht darum, den CO₂-Ausstoß komplett zu verbieten, sondern um den Netto-CO₂ Ausstoß.

Nach einer Diskussion über Sinn, Unsinn und Missverständnisse des Begriffes „CO₂-Ausstoß“ entscheiden sich die Antragssteller dazu, den Begriff „Netto-CO₂-Ausstoß“ durch „CO₂-Emission“ zu ersetzen.

Über den Antrag mit der oben erwähnten Änderung wird abgestimmt:

Zustimmungen: 651

Ablehnungen: 3

Enthaltungen: 2

2.4 Wirtschaftsordnung

Antrag von *Students For Future*: „Die Studierendenschaft der LUH ist sich darin einig, dass unsere derzeitige Wirtschaftsordnung auf uneingeschränktem Wachstum und der Ausbeutung von Mensch und Natur beruht und in Frage gestellt werden muss, um Raum für alternative Konzepte zu schaffen.“

Der *AStA* erklärt sich mit dem Antrag weitestgehend solidarisch, schlägt aber einen Änderungsantrag vor: „Die Studierendenschaft der LUH ist sich darin einig, dass der Kapitalismus als Wirtschaftsordnung und Ideologie auf uneingeschränktem Wachstum und der Ausbeutung von Mensch und Natur beruht und in Frage gestellt und überwunden werden muss, um Raum für alternative wirtschaftliche und gesellschaftliche Konzepte zu schaffen.“

[Viele Wortmeldungen über den Änderungsantrag, insbesondere über den Gehalt des Kapitalismus..]

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste, da sich die Diskussion im Kreis drehe. Es gibt einen Widerspruch. Deswegen wird abgestimmt ob die Liste geschlossen wird:

Zustimmungen: 314

Ablehnungen: 58

Enthaltungen: 23

→ Redeliste geschlossen

Nach einer kurzen Beratung und weiteren Redebeiträgen, aus taktischen Gründen am Begriff Kapitalismus zu sparen, einigen sich der *AStA* und *Students For Future* über einen gemeinsamen Antrag: „Die Studierendenschaft der LUH ist sich darin einig, dass unsere derzeitige Wirtschaftsordnung des Kapitalismus auf uneingeschränktem Wachstum und der Ausbeutung von Mensch und Natur beruht und in Frage gestellt werden muss, um Raum für alternative wirtschaftliche und gesellschaftliche Konzepte zu schaffen“

Nach weiterer Diskussion wird klar gestellt, dass der Kapitalismus ein deskriptiver Begriff ist und die herrschende Gesellschaftsordnung auf den Begriff bringt. Er ist hier nicht personalisierend gemeint.

Abstimmung über die Änderung des Antrags von *Students For Future* und dem *AStA*:

Zustimmungen: 206

Ablehnungen: 123

Enthaltungen: 47

Damit wird der Änderungsantrag angenommen.

Abstimmung über den neuen Antrag von *Students For Future* und dem *AStA*:

Zustimmungen: 347

Ablehnungen: 18

Enthaltungen: 32

Damit ist der Antrag beschlossen.

2.5 Forderungen an die Lehre

Antrag von *Students For Future*: „Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Umweltschutz sollen in den Fokus der Lehre gerückt werden, indem zu den genannten Themen unverzüglich in allen Studiengängen neue Lehrveranstaltungen sowie eine Klima-Aktionswoche eingeführt werden. Bei der Akkreditierung von neuen Studiengängen und Reakkreditierung von bestehenden Studiengängen müssen genannte Punkte berücksichtigt werden.“

Nachfrage: Inwiefern ist es möglich in allen Studiengängen den Fokus der Lehre auf Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Umweltschutz zu legen? (Beispiel Mathematik)

Antwort: Es stimmt ohne Frage dass es in manchen Studiengängen auf den ersten Blick schwierig ist. Es sollte sich aber beispielsweise auch die Fakultät für Mathematik und Physik Gedanken über die Einbringung von Klimaschutz in ihre Prüfungsordnung machen. Dies ist schließlich ein gesellschaftlicher Auftrag. Zudem ist es wichtig, dass die Lehrenden den Klimaschutz als Teil ihrer Lehre sehen. Dabei können auch alle Studiengänge eingebunden werden.

[Während der Debatte werden mehrere Änderungsanträge eingereicht, einige umgehend wieder zurückgezogen]

Aus der Vollversammlung erfolgt die Bitte, sich aber nicht an einzelnen Formulierungen aufzuhängen und zu kleinkariert vorzugehen

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste. Es gibt Einspruch, daher wird abgestimmt:

Zustimmungen: 234

Ablehnungen: 5

Enthaltungen: 22

→ Redeliste geschlossen

Änderungsantrag: „Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Umweltschutz sollen in der Lehre stärker berücksichtigt werden, indem zu den genannten Themen unverzüglich in allen Studiengängen neue Lehrveranstaltungen sowie eine Klima-Aktionswoche eingeführt werden. Bei der Akkreditierung von neuen Studiengängen und Reakkreditierung von bestehenden Studiengängen müssen genannte Punkte berücksichtigt werden..“

Abstimmung über die Änderung des Antrages:

Zustimmungen: 148

Ablehnungen: 22

Enthaltungen: 77

Abstimmung über den neuen Antrag:

Zustimmungen: 286

Ablehnungen: 1

Enthaltungen: 2

Damit ist der neue Antrag genehmigt.

2.6 Antrag: Forderungen an die Forschung

Antrag von *Students For Future*: „Angestellte der Universität sollen Anreize für die Mitarbeit an nachhaltigen Projekten und Forschungsthemen erhalten. Bei der Planung und Durchführung von Forschungsprojekten soll ein kleiner ökologischer Fußabdruck angestrebt werden. Für alle Fakultäten sollen Klimabilanzen veröffentlicht werden. Forschungsprojekte mit Beteiligung der Leibniz Universität Hannover dürfen dem Klima- und Umweltschutz nicht entgegenstehen. Des Weiteren erklären wir uns solidarisch mit der Forderung der LUH nach einer stärkeren Förderung durch öffentliche Gelder.“

Bemerkung: Es wird darauf hingewiesen, dass die von (deutschen) Universitäten oft hervorgehobene „Nachhaltigkeit“ meist gar nicht nachhaltige Forschung im Sinne des Umweltschutzes meint. Vielmehr stehe hier die ökonomische Nachhaltigkeit im Vordergrund. Außerdem sei der Begriff „kleiner ökologischer Fußabdruck“ problematisch, da er nicht präzise ist und somit vieles dadurch zu rechtfertigen ist.

Einreichung eines Änderungsantrages: „ein kleiner ökologischer Fußabdruck“ soll durch „ein möglichst kleiner ökologischer Fußabdruck“ ersetzt werden.
→ Änderungsantrag von den Antragsteller_innen angenommen.

Abstimmung über den neuen Antrag:

Zustimmungen: 253

Ablehnungen: 2

Enthaltungen: 4

2.7 Forderungen an das Studentenwerk

Fridays For Future: „Die Studierendenschaft der Leibniz Universität Hannover fordert, dass der Klima- und Umweltschutz in allen Mensen und Cafés, die vom Studentenwerk betrieben werden, die oberste Priorität hat.

Wir fordern, dass im Speiseplan der Mensa eine eindeutige Kennzeichnung der produzierten CO₂-Äquivalente der angebotenen Speisen eingeführt wird.

Wir fordern, dass mehr umweltfreundliche Lebensmittel angeboten werden. Dazu gehört: Weniger tierische Produkte, mehr Regionalität und Saisonalität. Es soll ein finanzieller Anreiz für klimaschonende Speisen geschaffen werden, indem besonders pflanzliche Speisen günstig angeboten werden.

Wir fordern außerdem einen kritischen und ressourcenschonenden Umgang mit Produkten, deren nachhaltiger Anbau und Handel von großer Relevanz ist. Zudem sollen große Konzerne, die stark klimaschädigende Landwirtschaft betreiben, nicht unterstützt werden.

Wir fordern die Verwendung von Plastikverpackungen so stark wie möglich einzuschränken. Außerdem sollen keine Einwegbehälter mehr angeboten werden.

Wir fordern das Studentenwerk dazu auf, keine noch verzehrbaren Lebensmittel wegzuschmeißen und zudem die Mülltrennung in allen Mensen und Cafés durchgehend zu ermöglichen.“

Bemerkung: Bitte nur Beiträge zur Sache halten, insbesondere im Hinblick auf vorangeschrittene Sitzungszeit

Beitrag: In der Contine gibt es bereits vegane Speisen, auch Kunststoffverpackungen sind nur noch teuer zu erwerben.

Antwort: Zustimmung der Antragssteller_innen. Es wird aber mehr Initiative der Mensen gefordert, als bisher vorhanden.

GO-Antrag auf Schließung der Redeliste. Da es keine Gegenrede gibt, wird die Redeliste geschlossen.

Es wird ein Antrag eingereicht, folgende Forderung am Ende des Antrags hinzuzufügen: „Das Studentenwerk als Vermieter soll Verträge mit unabhängigen Ökostromanbietern schließen“

Beitrag: Die Ergänzung wird kritisch hinterfragt. Es ist zum gegenwärtigem Zeitpunkt nicht klar, ob das Studentenwerk nicht bereits Ökostrom beziehen würde. Das müsste noch recherchiert werden.

GO-Antrag auf Schließung der Debatte. Da es eine Gegenrede gibt, wird abgestimmt:

Zustimmungen: 99

Ablehnungen: 40

Enthaltungen: 45

Abstimmung über die Änderung des Antrags:

Zustimmungen: 47

Ablehnungen: 108

Enthaltungen: 34

Damit wird die Änderung nicht in den Antrag mit aufgenommen.

Abstimmung über den Antrag von *Students For Future*:

Zustimmungen: 229

Ablehnungen: 0

Enthaltungen: 1

2.8 Forderungen an das Präsidium

Antrag von *Students For Future*: „Im Hinblick auf die Vorbildfunktion unserer Universität fordern wir, die Mülltrennung auf dem gesamten Gelände zu ermöglichen.

Wir fordern die Installation der Wasserspender, deren Einführung bereits beschlossen wurde. An allen Wasserhähnen der Universität soll ausdrücklich gekennzeichnet werden, ob das Wasser als Trinkwasser geeignet ist.

Wir fordern, dass in den Begrüßungstüten für Studierende des ersten Semesters ein Mehrwegbehälter zur Mitnahme von Essen, eine wiederverwendbare Trinkflasche und ein Kaffeebecher zum Mitnehmen enthalten sind. Zudem fordern wir eine generelle Ausgabe von Mehrwegbehältnissen für alle Studierenden und MitarbeiterInnen.

Wir fordern zur Nutzung innerhalb der Universität biologisch abbaubare Putzmittel.“

Beitrag: Antrag auf Streichung des dritten Absatzes. Begründung: Die Studienanfänger_innen werden so mit Verpackungen zugemüllt, die sie gar nicht

benutzen. Mehrwegverpackungen verbrauchen zudem viel mehr Ressourcen als Einwegverpackungen, wenn sie selten benutzt werden.

Gegenrede: Die Ausgabe von Mehrwegverpackungen schafft aber Anreize diese wirklich zu benutzen. Zudem wurde zuvor abgestimmt, keine Einwegverpackungen mehr zu benutzen.

Weiterer Vorschlag der Einrichtung eines Pfandsystems an der Universität.

Antrag auf Schließung der Redeliste. Da es keine Gegenrede gibt, wird die Redeliste geschlossen.

Feststellung dass der Adressat, also das Präsidium, nicht der richtige Ansprechpartner ist. Die Antragssteller_innen entscheiden sich dazu, im kleinem Rahmen über den Antrag mitsamt einiger Änderungsvorschläge nochmal zu debattieren und den Adressaten zu überdenken.

Die Antragssteller übernehmen einen kleinen Änderungsantrag, möchten den dritten Absatz aber nicht streichen.

Änderungsantrag zur Streichung des dritten Absatzes:

Zustimmungen: 4

Ablehnungen: 148

Enthaltungen: 9

Abstimmung über den gesamten Antrag:

Zustimmungen: 177

Ablehnungen: 0

Enthaltungen: 1

Damit wird der Antrag verabschiedet.

2.9 Forderungen im Bereich Energie und Gebäude

Antrag von *Students For Future*: „Wir fordern eine Verbesserung der Strombilanz der Leibniz Universität Hannover.

Wir fordern bis Ende 2019 eine Evaluation der Dächer aller Gebäude der LUH, inwieweit sie für die Nutzung von Solarenergie gegebenenfalls in Kombination mit Dachbegrünung infrage kommen. Die Ergebnisse der Evaluation sollen offengelegt werden.

Daran anschließend fordern wir die Installation von Solarenergie und Dachbegrünung auf allen infrage kommenden Dächern bis 2022.

Wir fordern, dass sämtliche Leuchtmittel bis Ende 2020 auf LED-Technik umgestellt werden.

Wir fordern eine Verbesserung der Wärmebilanz der LUH:

Wir fordern die Überprüfung auf energetische Effizienz aller Gebäude der LUH bis Ende 2020. Die Ergebnisse sollen offengelegt werden.

Daran anschließend fordern wir die sinnvolle energetische Sanierung der betreffenden Gebäude bis 2035.

Wir fordern eine Automatisierung der Heizungsanlagen der LUH. Bis dahin sollen die Heizungen in den Bürogebäuden der LUH außerhalb der Wintermonate nicht betrieben werden.

Wir fordern, dass geplante Neubauten mindestens im Passivhaus-Standard gebaut werden.

Weiterhin fordern wir, dass die LUH zu Beginn eines jeden Semesters alle Studierenden, Bediensteten und Lehrenden zu einem verantwortungsvollen Umgang mit Energieressourcen auffordert.“

Beitrag: Der Einsatz von Photovoltaikanlagen an den Außenwänden der Gebäude wird in diesem Antrag nicht erwähnt.

Dieser Vorschlag wurde von den Antragssteller_innen in ihren Antrag mit aufgenommen.

Abstimmung über den neuen Antrag:

Zustimmungen: 204

Ablehnungen: 0

Enthaltungen: 1

Damit ist der neue Antrag verabschiedet.

2.10 Antrag: Forderungen im Bereich Verkehr

Antrag von *Students For Future*: „Wir fordern, dass der Fuhrpark der Leibniz Universität Hannover bis 2030 vollständig auf emissionslose Antriebe umgestellt wird.

Übergangsweise sollen Neuanschaffungen von Fahrzeugen auf emissionslosen Antrieben basieren, begründet werden und dem Nutzungszweck angemessen sein. Fahrten sollen erfasst werden. Wir fordern weiterhin, dass die Universität ihren Fuhrpark um(E-)Fahrräder ergänzt und leihweise für Bedienstete bereitstellt. Wir fordern, dass die Parkplätze im Freien für Autos zurückgebaut werden und ein alternatives Nutzungskonzept zusammen mit Studierenden entwickelt wird. Der Fahrradverkehr muss von der LUH aktiv gefördert werden. Dafür ist ein Ausbau der Fahrradbügel unvermeidbar, sowie das Aufstellen von (bereits bewährten) Stationen mit Luftpumpe und Werkzeug. Es sollen Ladesäulen für E-Autos und E-Fahrräder aufgestellt werden.

Wir fordern, dass ÖPNV-Tickets für Bedienstete signifikant bezuschusst werden. Wir fordern eine Regelung, dass innereuropäische Dienstreisen und Exkursionen mit dem Zug/ÖPNV angetreten werden. Nur in Ausnahmefällen dürfen die Kosten für Kfz mit Verbrennungsmotoren und Flüge erstattet werden und müssen dann entsprechend kompensiert werden. Anzahl, Verkehrsmittel und Zielorte von Dienstreisen und Exkursionen müssen erfasst werden. Die Auswahl von Exkursionszielen soll möglichst klimaneutral erfolgen. Interkontinentale Exkursionen und Dienstreisen sollen kritisch hinterfragt und minimiert werden.“

Es wurde angemerkt, dass die Erfassung von Dienstreisen und Exkursionen der Überwachung der Angestellten der Universität diene.

Nach längerer Diskussion wurde beschlossen, dass der betroffene Absatz gestrichen wird.

Abstimmung über den neuen Antrag:

Zustimmungen: 150

Ablehnungen: 0

Enthaltungen: 6

2.11 Antrag: Eigentumsrechte zur Bekämpfung von Klimafolgen

Antrag: „Bei der gegenwärtigen Klimakrise handelt es sich um eine Eigentumsverletzung von unglaublichem Ausmaß. Nicht nur sind Staaten die am meisten beitragenden Akteure zur Erwärmung des Klimas und seinen eigentumsverletzenden Folgen, auch ihre Einrichtungen innerhalb von Staaten leisten einen sehr erheblichen Anteil. Eine stringente Anwendung von Eigentumsrechten kann Abhilfe schaffen. Dies muss hinreichend beleuchtet und darf nicht ideologisch blind von der Hand gewiesen werden. Der Kapitalismus im marxschen Sinne darf als zunehmend gescheitert betrachtet werden. Dies schließt allerdings freie Märkte jenseits der Privilegien und Machtstrukturen der korporatistischen Eliten nicht mit ein. In diesem Sinne darf die spontane Ordnung einer freien Gesellschaft nicht mit den Folgen systematischer Unterdrückung im Interesse der herrschenden Klasse verwechselt werden.“

Anmerkung, dass der konkrete Antrag in diesem Schreiben nicht zu erkennen ist. Da die Person, die den Antrag verfasst hat, sich nicht zu erkennen gibt, müsse entweder ein Ziel konstruiert, oder aber der Antrag abgelehnt werden.

Antrag auf Schließen der Redeliste. Da es eine Gegenrede gibt wird abgestimmt, ob die Redeliste geschlossen wird:

Zustimmungen: 102

Ablehnungen: 19

Enthaltungen: 20

GO-Antrag auf Vertagung. Dieser wurde umgehend zurückgezogen.

Die Sitzungsleitung sieht hier keinen Grund zu einer Abstimmung, da wie oben beschrieben kein konkretes Ziel des Antrages erkennbar ist. Nach Zustimmung des Plenums wurde dieser Punkt geschlossen. Der Person, die den Antrag gestellt hat, wird dies zurückgemeldet.

2.12 Antrag: Zivilklausel for Future

Antrag: „Die Studierendenschaft beschließt, dass die Konzeption einer verpflichtenden Zivil- und Transparenzklausel um klimarelevante Aspekte erweitert wird. Die Einführung einer derartigen verpflichtenden Zivil- und Transparenzklausel wird Ziel und Bedingung jeglicher Kooperation und Zusammenarbeit mit der Leibniz Universität Hannover und damit auch in den Forderungskatalog dieser Vollversammlung aufgenommen.“

Nachfrage: Warum sind deine Quellen von 2014 oder älter?

Antwort: Die Daten beruhen wie angegeben auf Recherchen der Süddeutschen Zeitung usw. Zurzeit gibt es keine weiteren Quellen, da der Inhalt geheim ist.

[Ausführungen aus dem Plenum über die Zivilklausel]

Nachfrage: Wie könnte die Zivilklausel eingehalten werden?

Antwort: Die Universität müsste sicherstellen, dass ihre Angestellten die Zivilklausel einhalten. Dies müsste über die Schaffung eines Gremiums gehen. Dabei könnte sich an anderen Universitäten orientiert werden, die bereits eine Zivilklausel haben

Abstimmung über den Antrag:

Zustimmungen: 155

Ablehnungen: 0

Enthaltungen: 1

2.13 Antrag: Nutzung Werbeflächen

Antrag Nutzung von Werbeflächen: „Wir fordern die Leibniz Universität Hannover und das Studentenwerk auf Werbeflächen nicht mehr an Konzerne / Unternehmungen zu vergeben, welche offensichtlich Mensch und Natur ausbeuten, einer nachhaltigen Entwicklung entgegenstehen oder das friedliche Zusammenleben der Völker behindern.“

Beitrag: Es wird ein Änderungsantrag eingereicht, im Aufruf von „Menschen“ anstatt von „Völkern“ zu sprechen. Diesem wird vom Antragssteller zugestimmt.

Beitrag: Es wird ein Änderungsantrag eingereicht von „Organisationen“ statt „Unternehmungen“ zu reden. Auch dieser Vorschlag wurde vom Antragssteller angenommen.

Abstimmung über den neuen Antrag:

Zustimmungen: 99

Ablehnungen: 1

Enthaltungen: 7

2.14 Kooperation mit dem Konfuzius-Institut beenden.

Antrag: „Die studentische Vollversammlung empfiehlt, sich dafür einzusetzen, dass die Kooperation der Leibniz Universität Hannover mit dem Leibniz-Konfuzius-Institut beendet werden soll. Des weiteren soll sich dafür eingesetzt werden, dass die Universität Alternativen für die Sprachkurse „Chinesisch“ bereitstellt.“

Nachfrage: Sollen nun alle chinesischen Sprachkurse abgeschafft werden?

Antwort: Nein, darum geht es nicht. Es soll nur die Zusammenarbeit mit dem Konfuzius-Institut beendet werden, chinesische Sprachkurse aber weiterhin angeboten werden.

Zwei Änderungsanträge werden eingereicht. Der neue Antrag lautet nun:

„Die studentische Vollversammlung empfiehlt, sich dafür einzusetzen, dass die Kooperation der Leibniz-Universität Hannover mit dem Leibniz-Konfuzius-Institut beendet werden soll. Es soll sich dafür eingesetzt werden, alternativ zum Konfuzius-Institut Sprachkurse für Chinesisch bereit zu stellen.“

Dieser Antrag wurde von den Antragsstellern angenommen.

Abstimmung über den Antrag:

Zustimmungen: 88

Ablehnungen: 1

Enthaltungen: 22

TOP3 Verschiedenes

Es werden noch zwei weitere Anträge vorgestellt (Pfandsystem & Naturwiesenflächen). Aufgrund der geringen Anzahl der anwesenden Person ist die Beschlussfähigkeit aber nicht gewährleistet. Die Anträge wurden aber notiert und werden an weitere Gremien wie den AStA und den StuRa weitergeleitet.

Schluss

Die Versammlung wurde anschließend um 23:58 geschlossen.